



2018/14 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2018/14/zwangsbehandelt-der-hoelle>

Die Psychiatriegeschichte der DDR ist nur bruchstückhaft aufgearbeitet

Zwangsbehandelt in der Hölle

Von **Fabian Hinken**

Das Entschädigungsverfahren für Menschen, die als Minderjährige in Psychiatrie- und Behinderteneinrichtungen der DDR misshandelt wurden, ist eingerichtet. Die realsozialistische Psychiatriegeschichte wurde bislang jedoch lediglich bruchstückhaft aufgearbeitet.

»Die Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik blickt auf eine 140jährige Tradition zurück.« Das schreibt das Unternehmen Ameos auf seiner Website über die von ihm betriebene Einrichtung in Ueckermünde im Landkreis Vorpommern-Greifswald. Tradition – damit lässt sich gut werben. Allerdings geschah in der Geschichte des Hauses längst nicht nur Erfreuliches. »Auch zu Zeiten der DDR stand es um die Behandlung psychischer und psychosomatischer Erkrankungen nicht zum Besten«, konstatierte der Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern, Nikolaus Voss, in einer Pressemitteilung seiner Behörde anlässlich des 140jährigen Bestehens der psychiatrischen Klinik in Ueckermünde im Jahr 2015. Diese ist wegen des gleichnamigen ARD-Dokumentarfilms von Ernst Klee auch als »Hölle von Ueckermünde« bekannt. Der Film aus dem Jahr 1993 zeigt verstörende Bilder: Menschen, die wie Tiere gehalten werden, und das für sie verantwortliche Pflegepersonal, das den Klinikalltag dennoch mit erstaunlicher Gleichgültigkeit schildert.

Der 1979 geborene Christian Discher wurde nach eigenen Angaben als 17jähriger dort behandelt und litt jahrelang unter den Spätfolgen. Er hat versucht, mit Blogbeiträgen in der deutschsprachigen Ausgabe der Huffington Post und anderen Veröffentlichungen, etwa mit seinem 2015 publizierten Buch »Die Stimmen der Übriggebliebenen«, auf seine eigenen Erfahrungen und die vieler anderer ehemaliger Patienten aufmerksam zu machen. Wie auch schon der Allgemeine Behindertenverband in Mecklenburg-Vorpommern weist auch Discher auf die fehlende Auseinandersetzung mit der Geschichte des DDR-Psychiatriebetriebs hin, dessen Personal seine Tätigkeit nach der Wiedervereinigung größtenteils fortsetzte.

In einer 2016 veröffentlichten Petition an den Landtag forderte Discher unter anderem eine externe Untersuchung zu Todesfällen und »bisher eventuell unbekannten Fällen von

Machtmissbrauch, menschenunwürdiger Behandlung beziehungsweise Folter und psychiatrischer Zwangsbehandlung« in Psychiatrien und Krankenhäusern mit neurologischen Abteilungen in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Neubrandenburg, in der mittlerweile von Ameos betriebenen Klinik für Psychotherapie, Psychiatrie und Psychosomatik in Ueckermünde und in der Psychiatrischen Klinik in Teupitz. Zudem rief Discher den Landtag in der Petition dazu auf, statistisches Material über Zwangsbehandlungen und Todesfälle in der Zeit von 1990 bis 2016 vollständig zu veröffentlichen. Darüber hinaus forderte er, einen Entschädigungsfonds für Opfer psychiatrischer Zwangsbehandlung einzurichten – »ohne unverhältnismäßig hohe Nachweishürden«.

Mit der »Stiftung Anerkennung und Hilfe« wurde im Januar 2017 ein solcher Fonds eingerichtet. Die Stiftung soll Menschen helfen, die als Minderjährige in der Zeit von 1949 bis 1975 in der Bundesrepublik beziehungsweise von 1949 bis 1990 in der DDR zu Opfern von Misshandlungen in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie wurden. In Mecklenburg-Vorpommern rechnen die Behörden mit rund 1 500 Anspruchsberechtigten. Einem Bericht des RBB von Mitte März zufolge haben in Brandenburg bislang 618 Frauen und Männer, die als Minderjährige in Psychiatrie- und Behinderteneinrichtungen der DDR misshandelt wurden, finanzielle Entschädigung beantragt.

Christian Discher weist auf eine fehlende Auseinandersetzung mit der DDR-Psychiatrie hin, deren Personal seine Tätigkeit nach der Wiedervereinigung größtenteils fortsetzte.

Discher forderte in seiner Petition auch ein »Hinwirken auf die Etablierung einer Erinnerungskultur über das in psychiatrischen Kliniken und Forensiken an Menschen begangene Unrecht«. Dies wäre dringend notwendig. Noch 2006 wurde in der Stadt Neustrelitz eine Gedenktafel für Emil Kraepelin angebracht. Kraepelin war nicht nur Wegbereiter der modernen empirisch orientierten Psychopathologie, sondern mit seinen Veröffentlichungen zur »Degenerationslehre«, wie etwa dem Buch »Zur Entartungsfrage«, wesentlich an der Entstehung und Verbreitung einer Ideologie beteiligt, mit der die Nationalsozialisten später die Ermordung Behinderter und psychisch erkrankter Menschen rechtfertigten.

Das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit von Mecklenburg-Vorpommern antwortete Discher im Mai 2017: Eine Beschäftigung mit der Petition sei nicht notwendig, da diese »von falschen, mindestens jedoch überspitzten und verzerrten Grundannahmen beziehungsweise Behauptungen« ausgehe. Der Behörde zufolge ist die Psychiatrie in Deutschland »keineswegs von Machtmissbrauch, menschenunwürdiger Behandlung beziehungsweise Folter und psychiatrischer Zwangsbehandlung geprägt«.

Der derzeitige Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, Harry Glawe (CDU), ist mit der Materie vertraut. Er arbeitete von 1978 bis 1991 als Stationspfleger an der Klinik für Neurologie und Psychiatrie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald. Das Krankenhaus selbst gibt auf seiner Website einen Einblick in die Zustände zu DDR-Zeiten: Es verweist auf den »Bericht der Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Gesundheit zur Lage der Psychiatrie in der ehemaligen DDR von 1991«, in dem die Klinik als »Saalpsychiatrie in Gebäuden mit einem für die DDR-Psychiatrie typischen schlechten baulichen Zustand mit starker Überbelegung« charakterisiert wurde. Glawe könnten diese Verhältnisse während seiner dortigen Tätigkeit aufgefallen sein.

Allerdings sah es in der DDR-Psychiatrie nicht überall aus wie in Ueckermünde. Neben derartigen Verwahranstalten gab es in den Polikliniken humanere und modernere Behandlungskonzepte mit rehabilitativer Prägung, die auch die soziale Teilhabe der Patienten berücksichtigten. Warum sich diese Behandlungsmethoden nicht überall durchsetzten, ist schwer zu beantworten. Die Greifswalder Psychiatrie schreibt auf ihrer Website, sozialpsychiatrische Reformen seien »am politischen System DDR, das eine öffentliche Problemanalyse nicht zuließ«, gescheitert. Diese Frage wurde bislang ebenso wenig systematisch untersucht wie die nach den Verantwortlichen für das Leid der Psychiatriegeschädigten. Ob immer noch Psychiater, Pfleger und Sozialarbeiter, die Mitverantwortung für die Geschehnisse zu Zeiten der DDR tragen, im Bereich der Psychiatrie tätig sind, ist ebenfalls nicht bekannt. Von den derzeitigen, oftmals privaten Betreibern der Kliniken, deren wirtschaftliche Interessen die Geschäftspolitik bestimmen, ist eine solche Untersuchung kaum zu erwarten.